Haushaltsrede zum Haushalt 2023 - Kreistag Unna am 12.12.23

Fraktion „DIE LINKE - UWG-Selm“ im Kreistag Unna

Sehr geehrter Herr Landrat Mario Löhr,

sehr geehrter Herr Kreisdirektor Mike-Sebastian Janke,

liebe Kolleginnen und Kollegen dieses Kreistages,

liebe Gäste

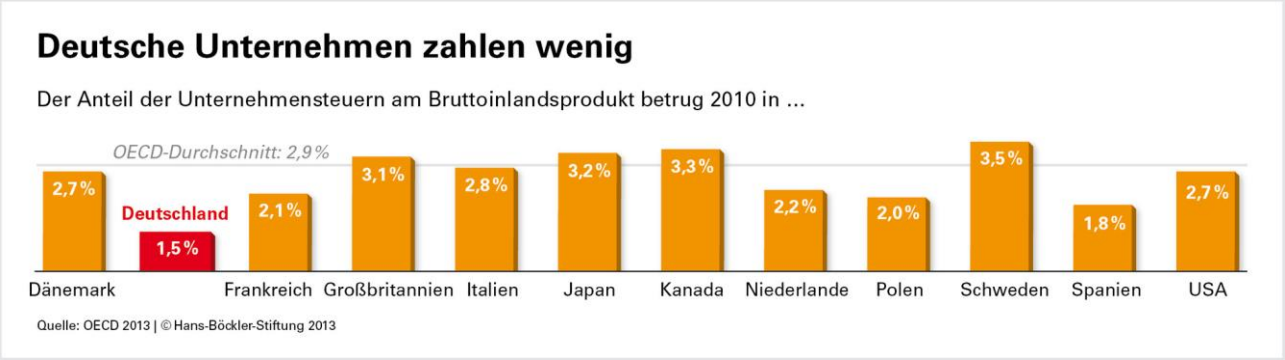
und vor allem liebe zuhörende Mitbürgerinnen und Mitbürger,

letztes Jahr habe ich betont, wie wichtig die demokratische Teilhabe an der Politik ist. Nun haben wir den Livestream, jede und jeder kann sich ein Bild machen von dem, was in diesem Saal passiert. Eine erste Möglichkeit ist gegeben, Informationen aus erster Hand zu bekommen. Ist das bereits zufriedenstellend? **Natürlich nicht!**

Was nützt mir das Zuschauen, wenn die Miete mir alle Reserven raubt, wenn meine Kinder in der Schule schon sehr bald spüren, dass sie nicht zur Elite gehören werden und wenn ich Bio-Nahrung nicht für jeden Tag bezahlen kann. Wenn ich, als Bürgerin oder Bürger, sehe, die Krisen nehmen zu, ich fühle mich hilflos, ohnmächtig. Was tun?

In gleicher Weise betrifft dies die Haushalte der Städte und unseren Kreis: Ohnmächtig zusehen zu müssen, wie das Geld immer unzulänglicher wird, wie die freie Gestaltung unseres kommunalen Lebens immer mehr von Zwängen in seinen Möglichkeiten beschnitten wird – das raubt auch vielen Politikerinnen und Politikern hier vor Ort den Schlaf und lässt gewaltige

Zweifel an der Haushaltspolitik des Bundes wachsen. Dazu nur ein Beispiel:



Quelle: https://www.boeckler.de/de/grafik-detail.htm?pageId=7089&image=0

Seit den 80er Jahren hat sich der Steueranteil der größten Dax notierten Unternehmen fast halbiert (eine Quelle: https://www.zeit.de/wirtschaft/2021-09/konzernsteuern-dax-unternehmen-ungleichheit-wettbewerb-steuerpolitik-konzernsteuerquote)
Gleichzeitig ist der Anteil an Steuern aus unselbständiger Arbeit massiv gestiegen.
Das bedroht unsere Demokratie. Das haben alle hier gespürt, das hat zu Brandbriefen aller Beteiligten geführt, wenn auch nicht immer an die richtige Adresse. Und auch unsere Mitmenschen treffen nicht immer eine logische Wahlentscheidung, sie suchen **starke Führung**. Noch rede ich vor einem freien Haus, ohne Buhrufe durch AfDler jeden Geschlechts.
Was hat das alles mit unserem Haushalt für das kommende Jahr zu tun?

Von größter Bedeutung ist es, so breit wie möglich **transparent** zu machen, **warum** wir vor einem Dilemma stehen: Auf der einen Seite ist das Geld knapp, reicht die Zuteilung von oben nicht aus, lähmt uns der

Sparzwang, und das, obwohl der Reichtum, ungleich verteilt, weiter wächst in unserer Republik. Das ist die Wahrheit, die unsere Demokratie bedroht!

Und dennoch **müssen** wir hier vor Ort handeln, um auf die Krisen zu reagieren, **innovativ** handeln, etwa für **mehr** Bus und Bahn sorgen, auch für die rasche erfolgreiche Integration von Neubürgerinnen und Neubürgern oder für den Bau von ausreichend bezahlbaren Wohnungen. Und all dies muss in **vielen** Gesprächen auf der Straße, in den Vereinen, an den Haustüren „rübergebracht“ werden, wie man sagt, damit es nicht wieder heißt, am Schluss war niemand mehr da, der die Demokratie verteidigen konnte.

Genau aus diesem Grund, nämlich der systematischen Verarmung der Kommunen, wird hier um jede Ausgabe gerungen. Die Rücklagen als letzte Sicherheit schmelzen dahin.

Doch selbst in dieser Situation gilt: Billige Schuhe muss man dreifach bezahlen. Und genau dies würde passieren, wenn beispielsweise die Schulsozialarbeit an unseren kreiseigenen Berufsschulen personell geschwächt würde. Jeder fehlende Euro hier kostet im Anschluss mehr als das Doppelte an Folgekosten. Hier kann und darf man nicht sparen.

Darum bitte ich alle bisher nicht am gemeinsamen Antrag beteiligten Kreistagsmitglieder, dem Erhalt dieser Stellen zuzustimmen. Es gibt viele Stellen, an denen ähnlich verfahren werden müsste, hier jedoch geht es konkret darum, den Verlust, den Wegfall von 5 Stellen zu verhindern.

Eine solche andere Stelle ist unser bunter Strauß an Förderschulen. Dass Inklusion anders geht, als es hier in Deutschland völlig stümperhaft versucht wurde, ist in aller Munde. Die Bedingungen in den Regelschulen genügen den wissenschaftlichen Anforderungen nicht. Deshalb und nur deshalb teile ich die Einschätzung, dass Förderschulen noch notwendig sind, obwohl wir zu Recht international immer wieder auf unsere Defizite in diesem Bereich hingewiesen werden. Für eben diese sechs Schulen in unserer Verantwortung beantragen wir ein Handgeld für die Hände der Lehrkräfte, einen Verfügungsfond, verwaltet über die Leitungen der Schulen, um so etwas Spielraum für die **vorsorgende** Materialbeschaffung zu sichern. Warum ist das nötig? Ich spreche aus jahrzehntelanger Erfahrung, wenn ich feststelle, dass der Unterricht, bei knapper Personalressource, immer wieder durch fehlendes Material gestört, unterbrochen oder unmöglich gemacht wird. So manche kreative Idee bleibt so auf der Strecke.

Vor allem aber erleben immer wieder Kinder, **ich habe nicht dabei**, was ich brauche, **ich** falle wieder auf, **ich** bin wieder schlecht. Dabei spielt die **Ursache** für das Kind und auch für die Lehrkraft **nicht** die entscheidende Rolle. Das **Erleben** dieses Kindes aber sehr wohl. Genau dies ist ein Stück Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung, etwa weil das Geld fehlt, die Eltern keine Energie aufbringen können oder das Kind selbst bisher Ordnung nicht lernen konnte. Viele Lehrkräfte halten aus privaten Beständen und menschlicher Gesinnung Reserven vor. Andere tun das nicht, und zwar auch das mit Recht. Hier ein Instrument für eine

besonders verwundbare Schülerschaft zu schaffen, ist das Anliegen unseres Antrags von 10,-€ /SoS, den zu unterstützen unsere Fraktion herzlich auffordert.

Ein dritter Antrag betrifft vor allem das Thema Kreisumlage. Die aus den Krisen für die vergangenen Haushalte isolierten Kosten sollen NICHT jetzt aus unseren Reserven gezahlt werden, sie sollen nicht durch eine direkte Zahlung von 8,19 Mill. € zu einer Kreisumlage führen, die auch in den Kommunen schon jetzt das Wasser bis zur Brust oder, man denke an Selm, das Wasser bis zum Hals, ansteigen lässt. Nein, vielmehr soll genau diese Summe die Kreisumlage senken, um so unseren Kommunen noch ein wenig Spielraum an die Hand zu geben.

Die isolierten Kosten sollen legal und finanztechnisch logisch über die angebotenen 50 Jahre abgezahlt werden. Und nicht nur unsere Fraktion hat dabei die begründete Hoffnung, dass der notwendige Schuldenschnitt, verschoben auf 25, für unsere Gemeinden in NRW endlich kommt und damit deutlich vor Ablauf der oben genannten 50 Jahre.

Es gibt ein Argument gegen diesen Plan, das oberflächlich passend klingt: Nicht unsere Kinder sollen unsere Schulden bezahlen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, sie werden **gerade** dafür bezahlen müssen, wenn wir jetzt nicht handeln, nicht handeln können! Unsere Zukunft beginnt **jetzt**, eine Schwammstadt muss jetzt gebaut werden, der Autoverkehr muss jetzt geschwächt werden, der Umbau auf Windkraft und Photovoltaik hätte schon gestern beginnen müssen.

Noch haben wir die Möglichkeit, so den Städten und Gemeinden unseres

Kreises die eigene Haushaltsführung etwas zu erleichtern, sie zu beflügeln, das eine oder andere Projekt für eben diesen Schutz unserer Nachkommen zu investieren. Sie, die Kommunen, waren sich einig, dass sie es bitter brauchen. Und wir sind uns einig mit ihnen, dass unsere Probleme nur gemeinsam gelöst werden können.

Vielen Dank!